



Antrag

der Fraktion der FDP

Radikale Proteste helfen dem Klima nicht

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zu einem effektiven Klimaschutz und stellt fest, dass die bisherigen Bemühungen nicht ausreichen und weiterer Handlungsbedarf besteht.

Der Landtag stellt fest, dass radikale Klimaproteste wie gefährliche Eingriffe in den Straßen- bzw. Flugverkehr, Gefährdung von Menschenleben, Beschädigung oder Zerstörung von Kunstwerken oder Gebäuden keine zu duldenen Maßnahmen sein können. Extremismus fängt da an, wo Aktivisten für ihren Protest bewusst Gesetze brechen. Das darf eine Zivilgesellschaft nicht hinnehmen, selbst wenn die Anliegen von Demonstranten wichtig sind. Niemand hat das Recht, sich über Gesetze hinwegzusetzen, selbst wenn ein höheres Ziel beansprucht wird. Die bestehenden Gesetze zur Ahndung von Beschädigungen oder Zerstörung sind daher konsequent anzuwenden.

—
Oliver Kumbartzky
und Fraktion